

Die Piraten im Rems-Murr-Kreis

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Kommunalwahlprogramm





**PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR**



**PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR**



**PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR**



**PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR**

1. Auflage 2014

herausgegeben von der
Piratenpartei Deutschland
Bezirksverband Stuttgart

V.i.S.d.P.: Philip Köngeter

<http://www.piraten-rmk.de>



**PIRATEN
PARTEI**



**PIRATEN
PARTEI**

Inhalt

Präambel.....	5
Demokratie und Mitbestimmung.....	6
Kunst und Kultur	12
Schule und Bildung.....	13
Freiheit und Sicherheit.....	15
Bauen, Verkehr und Wirtschaft.....	17



Change – We can do it





PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR



PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR

Präambel

Die Piratenpartei steht für die Wahrung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser politischen Linie beurteilen wir auch die Themenbereiche von Kommunalpolitik wie zum Beispiel Bürgerbeteiligung oder die Abschaffung bestehender und die Verhinderung neuer Überwachungsmaßnahmen.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur, die Verteidigung der Bürgerrechte und die Privatsphäre sind wichtige Bestandteile einer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Wir Piraten sind Verfassungspatrioten und lehnen insbesondere Einschränkungen der Grundrechte kategorisch ab.

Die Piratenpartei wurde 2006 in Berlin gegründet und sieht sich als Teil einer weltweiten Bewegung für Demokratie und Bürgerrechte. Unsere Grundsätze bilden daher auch den Tenor dieses Programms für die Kommunalwahl 2014 im Rems-Murr-Kreis.



PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR

Demokratie und Mitbestimmung

■ Bürgerbeteiligung

Es ist Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu stärken. Wir Piraten streben eine gleichberechtigte Teilhabe jedes einzelnen Mitbürgers an demokratischen Prozessen an.

Demokratische Mitbestimmung beginnt in Städten und Gemeinden. Wir wollen die Partizipation der Bürger stärken und mit mehr unmittelbarem Einfluss der Menschen auf die Politik einen Anreiz für mehr Engagement schaffen. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich sowohl im Kleinen wie auch im Großen nicht mehr von Berufspolitikern allein bewältigen. Wir Piraten wollen daher in den Städten und Gemeinden des Kreises Politik direkt von den Menschen mitgestalten lassen - von engagierten und fachlich

kompetenten Bürgern, die über Parteigrenzen hinweg mit den Kommunalpolitikern nach den vernünftigsten Lösungen suchen. Wir wollen das kommunale Petitionsrecht stärken.

Auszüge CC-BY Landesverband Baden-Württemberg

■ Politische Teilhabe

Wir möchten mehr direkte Demokratie zur Stärkung der Teilnahme und Teilhabe der Menschen in Kreis und Kommune.

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass sich die Bürger stärker als bisher in die Kommunalpolitik einbringen können.

Bislang werden die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung nicht ausreichend ausgeschöpft. In der Praxis sind Kommunalwahlen die einzige Form der Bürgerbeteiligung. Dabei lässt die Gemeindeordnung dem Bürger durchaus Platz für mehr demokratische Teilnahme und Teilhabe.

1. Bürgerbegehren

Bei einem Bürgerbegehren wendet sich – je nach Größe der Gemeinde – eine bestimmte Mindestanzahl von Bürgern an den Gemeinderat, um einen Bürgerentscheid zu erzielen. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid entspricht dann einem Gemeinderatsbeschluss.

Wir möchten, dass die im Landesrecht verankerte Mindestanzahl der benötigten Unterschriften erheblich gesenkt wird, um einem Bürgerbegehren eine realistische Erfolgschance zu ermöglichen.

2. Bürgerantrag

Damit kann eine – je nach Gemeindegröße unterschiedliche – Mindestanzahl von Bürgern durchsetzen, dass eine bestimmte Angelegenheit zumindest im Gemeinderat diskutiert wird.

Wir möchten, dass die Bürger einfacher einen Bürgerantrag in den Gemeinderat einbringen können. Deshalb wollen wir auf Landesebene erreichen, dass auch diese

Hürde deutlich gesenkt wird.

3. Landräte

Das höchste kommunalpolitische Amt, der Landrat, wird bisher vom Kreistag gewählt. Der Kreistag besteht meist aus den Bürgermeistern eines Landkreises. Dadurch gibt es keine unabhängige Aufsicht über die Gemeinden. Der »Vetternwirtschaft« sind damit theoretisch keine Grenzen gesetzt.

Wir schlagen vor, den Landrat durch die Bürger direkt zu wählen, um das mögliche Bevorzugen eines parteinahen Kandidaten einzudämmen.

4. Einsatz neuer Medien

Flächendeckendes Internet ermöglicht neue Formen der politischen Teilhabe – zu jeder Zeit und für alle. Online-Bürgerbegehren und aufgezeichnete Gemeinderatssitzungen kommen dabei den modernen Lebensgewohnheiten politisch interessierter Bürger entgegen. Diese Möglichkeiten sollen von den Kommunalverwaltungen zukünftig genutzt werden.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ **Transparenz**

Wir setzen uns für Transparenz bei kommunalpolitischen Verfahren und Entscheidungen ein.

Die Piraten bekennen sich zu einer offenen Informationspolitik in der Verwaltung und bei Entscheidungsträgern.

Lobbyismus, Vetternwirtschaft und intransparente Hinterzimmerpolitik sind akute Probleme in allen Ebenen der Politik und haben weitreichende Folgen in unserer Gesellschaft: Sie schaffen Ungerechtigkeit und führen zu Fehlentscheidungen.

Diesen Strukturen kann nur durch offene, ehrliche und damit transparente Politik begegnet werden. Auch die Akzeptanz von Projekten ist höher, wenn Kosten, Nutzen und Ablauf nachvollziehbar bleiben.

Die Piraten setzen sich für zwei Ziele ein, um diese Politik zu erreichen:

1. Gläsernes Rathaus

Die kommunale Verwaltung arbeitet im Auftrag des Bürgers. Deshalb muss jeder Bürger die Möglichkeit haben,

Dokumente und Akten der öffentlichen Verwaltung einzusehen. Dazu gehören auch die Sitzungsprotokolle oder Genehmigungsverfahren.

Obwohl die Gemeindeordnung das Veröffentlichen dieser Dokumente zulässt, werden Protokolle und Genehmigungen nur umständlich und unzureichend von der Stadtverwaltung veröffentlicht.

Des Weiteren soll berufstätigen Bürgern die Teilhabe an Gemeinderats-sitzungen erleichtert werden, zum Beispiel durch Live-streams nach dem Vorbild der Stadt Konstanz.

Um das Gläserne Rathaus auf Dauer zu gewährleisten, fordern wir Informationsfreiheitssatzungen für alle Kommunen.

2. Kommunale Informationsfreiheitssatzungen

Was sich kompliziert anhört, wird in anderen Städten – beispielsweise in Hamburg – bereits erfolgreich vorgelebt. Zweck dieser Satzungen ist es, den freien Zugang zu den vorhandenen Informationen der Kommunen zu gewährleisten. Die Satzung

legt die grundsätzlichen Voraussetzungen fest, wie derartige Informationen zugänglich gemacht werden sollen.

Beispiele für solche Informationen sind:

- ◆ Einsicht in Angebots- und Rechnungsunterlagen.
- ◆ Einsicht in städtische Verträge
- ◆ Einsicht in eingeholte Gutachten und Stellungnahmen Dritter

Informationsfreiheit gibt jedermann das Recht auf uneingeschränkten Zugang zu den Informationen der Gemeinde: Der Bürger muss nicht nachweisen, dass er an der Akteneinsicht ein so genanntes »berechtigtes Interesse« hat. Stattdessen muss der Antrag auf Akteneinsicht gar nicht begründet werden.

Damit wollen wir Piraten die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in unseren Gemeinden entscheidend stärken, Korruption verhindern und dem Missbrauch öffentlicher Gelder vorbeugen.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Stadtrat und Verwaltung

Politik und Verwaltung müssen für den Bürger da sein. Das genaue Gegenteil von bürgernaher und transparenter Politik, sind Vorgänge, die ohne besonderen Anlass der Öffentlichkeit verschlossen bleiben. Wir fordern, dass sich der Stadtrat verpflichtet, zukünftig alle Sitzungen, auch seiner Ausschüsse, vollständig öffentlich abzuhalten, sofern es das geltende Recht, der Datenschutz sowie die Persönlichkeitsrechte einzelner Personen zulassen. Weiter müssen die Tagesordnungspunkte des nicht-öffentlichen Sitzungsteils, wie in anderen Städten und Gemeinden üblich, öffentlich benannt werden. Die Themen des nicht-öffentlichen Teils sollen soweit aufgeteilt werden, dass die grundsätzliche Entscheidung im öffentlichen Teil für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar getroffen werden kann.

Wir setzen uns für die Transparenz der Entscheidungsfindung in der Verwaltung und der Politik ein.

Entscheidungen sollen für die Bürger verständlich und nachvollziehbar sein. Informierte Bürger können die Beschlüsse des Stadtrats nachvollziehen, und jegliche Form von schädlichem Lobbyismus kann sich in einem transparenten Umfeld nicht entwickeln. Deswegen fordern wir, dass die schon in Anfängen umgesetzte Veröffentlichung von Unterlagen, Formularen und Protokollen im Internet fortgesetzt und im Sinne unseres Programmpunktes zu Open Data erweitert wird. Um die langfristige und revisions-sichere Lesbarkeit dieser Dokumente sicherzustellen, fordern wir den Einsatz von offenen und dokumentierten Dateiformaten. Diese Dokumente sowie die Entscheidungsfindung des Rates und die Ideen, Wünsche und Anregungen der Bürger und der Wirtschaft sollen transparent in einer entsprechenden E-Government Plattform aufbereitet werden.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Öffentlichkeit des Rats

Die Piraten im Rems-Murr-Kreis sprechen sich für eine bessere Nachvollziehbarkeit aller Stadt- und Gemeinderatssitzungen aus.

Wir fordern die generelle Bild- und Tonaufzeichnung öffentlicher Sitzungen, so dass der Bürger auch im Nachhinein die Sitzung auf einer geeigneten Plattform anschauen kann.

Mithilfe einer Einbindung der Videos auf einer Serviceseite der Stadt- oder Gemeindeverwaltung sollen so die Debatten und öffentliche Abstimmungen über alle Entscheidungen des Rats einsehbar sein.

Eine solche Maßnahme trägt wesentlich zur Vertrauensbildung zwischen Bürger und Rat bei und erleichtert die für Mitsprache zu wichtigen kommunalpolitischen Themen wichtige Recherche.



■ Bürgerhaushalt

Wir streben einen Bürgerhaushalt für alle Kommunen an.

Die Piraten möchten einen Bürgerhaushalt nach dem Vorbild zahlreicher Gemeinden einführen.

Bei einem Bürgerhaushalt können die Bürger über einen Teil des Gemeindehaushalts bestimmen und mitentscheiden, zum Beispiel über:

- ◆ Finanzierung von Verkehrsprojekten
- ◆ Sportförderung
- ◆ Natur- und Landschaftspflege
- ◆ Einsparvorschläge

Dafür gibt es in den verschiedenen Gemeinden unterschiedliche Ansatzpunkte und Verfahren. Der in Stuttgart 2011 eingeführte Bürgerhaushalt erfuhr eine große positive Resonanz. Auch die Stadt Köln bezeichnet ihren Bürgerhaushalt als einen echten Qualitätsgewinn.

Ein Bürgerhaushalt stärkt die direkte Demokratie, fördert

Transparenz und die Akzeptanz politischer Entscheidungen durch die Bürger, weil sie daran unmittelbar beteiligt sind.

Wir setzen uns zudem für einen Bürgerhaushalt ein, bei dem die Bürger nicht nur vorschlagen und beraten dürfen, sondern weitgehend frei und unabhängig vom Gemeinderat über den zugewiesenen Betrag entscheiden können.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Bürgerversammlung

Die in der Gemeindeordnung vorgesehene jährliche Bürgerversammlung muss für alle Kommunen verpflichtend werden.

Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Bürgerversammlungen künftig zur Regel werden.

Bei einer Bürgerversammlung werden die Bürger bei wichtigen Angelegenheiten innerhalb der Gemeinde gehört. Wichtige Themen sollen im Rahmen der Versammlung erörtert und

diskutiert werden. § 20a der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg sieht vor, dass dies mindestens einmal jährlich der Fall sein soll.

Die Piraten sehen die Bürgerversammlung als einen wichtigen Aspekt, um die Akzeptanz politischer Entscheidungen durch die Bewohner zu erhöhen und die Menschen wieder verstärkt für regionale Politik zu motivieren.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Beteiligungstool

Wir möchten ein Beteiligungstool für die Bürger des Rems-Murr-Kreises implementieren, in dem jeder Bürger Anträge einbringen und in dem für Anträge mit einer ausreichenden Zahl an Unterstützern (Quorum) innerhalb einer gesetzten Frist ein Meinungsbild eingeholt wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Kreistag die Meinungsbilder aus dem Beteiligungstool bei seinen Entscheidungen berücksichtigt und dem Bürger auch auf diesem Wege mehr Mitspracherecht gewährt wird.

Kunst und Kultur

Wir möchten, dass Kunst und Kultur allgemein zugänglich sind.

Kunst und Kultur sind nach unserem Verständnis ein freier Raum, in dem alles denkbar ist und ausprobiert werden kann. In diesen Raum möchte die Piratenpartei nicht eingreifen, aber zusätzliche Orte und Netzwerke schaffen, in denen sich Kultur entfalten kann.

Die Piraten machen sich dafür stark, Künstlern und Veranstaltern auch jenseits des Mainstreams Möglichkeiten zu bieten, um die kulturelle Vielfalt zu pflegen und zu fördern.

Zugang zu Kunst und Kultur muss allen offenstehen – unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Deshalb soll der Zugang zu bestehenden Kultureinrichtungen verbessert werden.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

Schule und Bildung

■ Betreuungsangebote

Der Besuch einer vor-schulischen Einrichtung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Kinder in der Grundschule leichter lernen und sich besser in einer Gruppe zurechtfinden.

Gleichzeitig können Kindergärten, Kinderkrippen und andere Kindertagesstätten maßgeblich zur Entlastung berufstätiger Eltern beitragen und es manchen Eltern überhaupt erst ermöglichen einen Beruf auszuüben.

Deshalb streben wir die Kostenfreiheit von Kindergärten nach dem dritten Lebensjahr an. Damit erhalten alle Kinder unabhängig von ihrem familiären und gesellschaftlichen Hintergrund möglichst gleiche Voraussetzungen für ihren weiteren Bildungsweg. Wir werden die Landesregierung auf die Einlösung ihrer Wahlversprechen drängen

(gerade die SPD hat mit

kostenfreien Kindergartenplätzen geworben).

Auszüge CC-BY Piratenpartei Baden-Württemberg, Landeswahlprogramm

■ Ganztagschulen

Mit den vorhandenen Angeboten in Sachen Ganztagschule ist der Kreis trotz Weichenstellungen der rot-grünen Landesregierung noch nicht familienfreundlich. Die Piratenpartei setzt sich für eine zeitnahe Erweiterung des Ganztagsangebots im gesamten Rems-Murr-Kreis ein, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Erst mit flächendeckenden offenen, freiwilligen Ganztagsangeboten ist gewährleistet, dass jeder Schüler, egal an welchem Ort, unabhängig vom Grad der Begabung individuell gefördert werden kann. Dazu sollen die Schulen selbst Förderangebote in Eigenverantwortung entwickeln. Die dafür benötigten Gelder und Stellen werden wir vermehrt beim Ministerium einfordern.

- Weiterführende Schulen, berufliche Bildung und Weiterbildung

Die Piraten im Rems-Murr-Kreis machen sich für die weiterführenden allgemeinbildenden und beruflichen Schulen stark. Durch die flächendeckende Chance auf einen weiterführenden Bildungsabschluss soll das Qualifikations- und somit auch das Einkommensniveau im Kreis auch langfristig gehalten werden. Wir verfolgen dabei das Ziel der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und der Gleichberechtigung von Staats- und Privatschulen bei Finanzierung, materieller und personeller Ausstattung.

Dafür werden wir uns beim Land einsetzen. Ein fairer Wettbewerb zwischen den Schulen wirkt sich positiv auf die Qualität der Lehre und der Abschlüsse aus.

- Inklusion und Barrierefreiheit

Die Piratenpartei unterstützt Inklusion und Barrierefreiheit an Schulen. Wir sind der Meinung, dass die gemeinsame Beschulung aller Kinder, ob mit oder ohne Einschränkungen, möglich ist, und setzen uns daher dafür ein, dies an immer mehr Schulen im Kreis durch entsprechende Mittel, behinderungsspezifisch bzw. sozialpädagogisch ausgebildetes Fachpersonal zu ermöglichen.



Freiheit und Sicherheit

■ Kameraüberwachung

Im gesamten Bundesgebiet wurden in den letzten Jahren diverse Systeme zur Überwachung der Bürger installiert. Wir kämpfen gegen die Installation und für den Abbau jeglicher Systeme zur Überwachung und Beobachtung unschuldiger Bürger in unserem Kreis, die sonst einem Generalverdacht ausgesetzt sind. Kameras verhindern keine Delikte, sondern täuschen lediglich ein Sicherheitsgefühl vor, das es nicht gibt. Hier muss stattdessen eine Ursachenbekämpfung betrieben werden, da sich Problem-szenen höchstens verlagern. Eine Kameraüberwachung greift in die Privatsphäre unbescholtener Bürger ein und steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Betroffene Bürger haben keine Kontrolle über die Speicherfristen und Zugriffsmöglichkeiten der

erfassten Daten, wenn sie überhaupt von der Datenerfassung wissen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die immer leichter werdenden automatisierten Verknüpfungs- und Analysemethoden die vollständige Durchleuchtung der Bürger erlaubt. Ein wirksamer Schutz vor diesen Gefahren besteht nur in der Datenvermeidung.

■ Sperrstunde

Wir sprechen uns gegen eine Sperrstunde aus, da wir für die freie Entfaltung der Bürger einstehen. Kriminalität wird nicht bekämpft, indem man das Feiern verbietet, sondern indem man den verantwortlichen Umgang mit Alkohol lehrt. Zu einer Verringerung der Gewalt in der Innenstadt gehört vor allem ein umfangreiches Gewaltpräventionsprogramm.

Den Bürgern eine Anlaufstelle bieten.

Das sind die Piraten Rems-Murr



Bauen, Verkehr und Wirtschaft

Leitbild

Wir möchten selbstbestimmte, ökologisch, ökonomisch und sozial handelnde, starke Kommunen.

Die Piraten fordern selbstbestimmte, autarke Kommunen, die Entscheidungen auf höherer Ebene mitbestimmen.

Bisher wird die Kommunalverwaltung fast ausschließlich als ausführendes Organ behandelt. Das heißt einerseits, dass das Land Baden-Württemberg und die Bundesrepublik Deutschland der Kommunalverwaltung vorschreiben, wie kommunalpolitische Aufgaben zu erfüllen sind. Andererseits hätte die Verwaltung durchaus Möglichkeiten, bei der kommunalen Selbstverwaltung Akzente zu setzen. Wir fordern, dass die Kommunen ihre Position gegenüber Bund und Land stärken.

Der Selbstbestimmung der Kommunen soll das Konzept der Nachhaltigkeit zugrunde liegen. Das heißt, dass die kommunale Verwaltung unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten entscheiden und handeln soll.

- Ökologisch nachhaltig ist eine Gesellschaft, die die natürlichen Lebensgrundlagen nur in dem Maße beansprucht, wie diese sich regenerieren. Sie orientiert sich am Gedanken, keinen Raubbau an der Umwelt zu betreiben.
- Ökonomisch nachhaltig ist eine Gesellschaft, die nicht über ihre Verhältnisse lebt. Nur wenn sie dauerhaft betrieben werden kann, ohne auf Kosten nachkommender Generationen zu wirtschaften, gilt eine Gesellschaft als ökonomisch nachhaltig.
- Sozial nachhaltig ist eine Gesellschaft, in der soziale Konflikte vermieden werden. Wenn soziale Spannungen entstehen, dürfen diese nicht eskalieren, sondern müssen auf friedlichem Wege gelöst werden.

Um diese Ziele umzusetzen, möchten die Piraten auch die regionalen Wirtschaftskreisläufe unterstützen.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Senioren, Familie und Kinder Haltegriffe statt Hindernisse

Für die Senioren im Rems-Murr-Kreis sollen unter Beteiligung von Seniorengemeinschaften Sitz- oder Ruhemöglichkeiten an Straßen und Wegen geschaffen werden. Auch bei Straßenbauarbeiten in Kreuzungen muss auf eine stufenlose Absenkung der Bordsteine geachtet werden. So können Menschen mit Rollatoren oder Rollstühlen besser die Straßenseite wechseln.

Damit Familien und vor allem Kinder wieder auf Grünflächen spielen können, sollen separate Hundewiesen geschaffen werden.

Praktikumsbörse

Die Piratenpartei im Rems-Murr-Kreis setzt sich für die Einrichtung einer lokalen Praktikumsbörse ein. Rems-Murr-Unternehmen sollen so mit den Auszubildenden von morgen verbunden werden.

■ Wirtschaftsförderung

Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen stärken und regionale Wirtschaftskreisläufe fördern.

Die Piraten setzen auf die regionale Wirtschaftskraft. Regionales Wirtschaften leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und volkswirtschaftlichen Sinn.

Den Möglichkeiten, regionale Wirtschaftskreisläufe durch die kommunale Politik zu fördern, sind durch das EU-Recht enge Grenzen gesetzt. Dennoch gibt es genügend Spielraum für die Kommunen, aktiv zu werden und die positiven Effekte regionalen Wirtschaftens zu unterstützen. Zum Beispiel durch die aktive Förderung von Gründerzentren und dem Öffnen städtischer Räumlichkeiten für Sport- und andere Vereine.

Außerdem treten die Piraten bundesweit für die Abschaffung der Kammerpflicht ein. Durch eine freiwillige Kammermitgliedschaft werden insbesondere kleine Unternehmen weniger belastet.

Die Piraten geben zu bedenken, dass das Fördern regionaler Wirtschaftskreisläufe nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschehen darf, zum Beispiel durch unverhältnismäßige Steuererleichterungen und Subventionen. Stattdessen müssen Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ **Verkehr**

Schulwege

Um die Schulwege der Kinder sicherer zu machen, setzen wir uns dafür ein, dass in den entsprechenden Bereichen von der Verkehrswacht zum Schuljahresbeginn Warn- tafeln/-banner für die Autofahrer angebracht werden.

Geschwindigkeitskontrollen

Die Piratenpartei im Rems-Murr-Kreis lehnt starre Blitzanlagen zur Einkommenssteigerung der Kommunen ab. Vielmehr sollen mobile Blitzer öfters an unterschiedlichen Gefahrenpunkten Kontrollen durchführen. Auch während des Berufsverkehrs. LED Warnschilder sollen die Autofahrer an "kritischen"

Stellen auf die ggf. überhöhte Geschwindigkeit hinweisen.

■ **Verkehrsmittel**

Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur, die alle Verkehrsarten gleichermaßen berücksichtigt.

Verkehrsplanung muss alle Verkehrsteilnehmer angemessen berücksichtigen. Dazu zählen Bahn, Stadtbahn, Bus, LKW, PKW, Fahrrad, Fußgänger und Anwohner. Das frühzeitige Einbeziehen der Betroffenen soll Probleme aufzeigen, um rechtzeitig alternative Lösungen zu finden.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sich die für die Verkehrsplanung Verantwortlichen gemeinsam mit den verschiedenen Initiativen und Verbänden auf regionalen Verkehrskonventionen um die jeweils beste Lösung bemühen.

Die jeweils beste Lösung sehen die Piraten insbesondere unter den Gesichtspunkten

- ◆ der Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsmitteln,

- ◆ der optimalen Erreichbarkeit,
- ◆ der Sicherung der Standortqualität,
- ◆ der ökologischen Verträglichkeit,
- ◆ der Wirtschaftlichkeit und
- ◆ der Verkehrssicherheit.

Modernen Verkehrskonzepten wie dem fahrscheinfreien ÖPNV oder Shared Spaces stehen die Piraten besonders aufgeschlossen gegenüber.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Stadtentwicklung

Wir setzen uns für eine Stadtentwicklung mit Bürgerbeteiligung in allen Phasen des politischen Prozesses ein.

Die Piraten sehen Bürgerbeteiligung nicht nur im Kontext direkter Demokratie. Insbesondere innerhalb der Kommunalpolitik ist es möglich, fernab von Wahlen die Bürger an Entscheidungen zu beteiligen.

Ein erster Schritt dazu ist, die Menschen wieder verstärkt für regionale Belange politisch zu motivieren. Die

Piraten begrüßen daher die Unterstützung von Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften durch die Kommunalverwaltungen.

Die Piraten setzen sich jedoch für weiter reichende Beteiligungsformen ein, zum Beispiel über ein Bürgerbeteiligungsverfahren.

Bei einem Bürgerbeteiligungsverfahren werden Bürger umfassend in Entscheidungen des Gemeinderats miteinbezogen, wenn sie unmittelbar von der Entscheidung betroffen sind.

Gerade bei Großvorhaben müssen die Bürger bereits in die frühesten Planungsstadien intensiv eingebunden werden.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Selbstbestimmtes Leben

Wir setzen uns für das Recht der Bürger ein, ihr Leben möglichst selbstbestimmt zu führen.

Die Piraten machen sich dafür stark, dass jeder Mensch sein Leben frei und eigenständig bestimmen kann. Dazu gehört, dass auch künftig Gesunde für

Kranke, Arbeitende für Arbeitslose, Jung für Alt und umgekehrt eintreten. Die Voraussetzungen dafür sollen stärker gefördert werden als bisher.

Um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, müssen die Bürger Zugang zu Wohnraum und Mobilität haben sowie ihre Arbeit uneingeschränkt ausüben können. Das heißt für uns zum Beispiel:

- Zugang zu altersgerechtem und bezahlbarem Wohnraum, im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus
- Zugang zu öffentlichem Nahverkehr, um Schülern, Erwachsenen und Senioren die gesellschaftliche Teilnahme zu ermöglichen
- Angebot an Betreuungseinrichtungen – sowohl für berufstätige Eltern, die ihre Kinder in Tagesstätten geben möchten, als auch für Berufstätige mit pflegebedürftigen Angehörigen

Dieses Maß an Unterstützung soll insbesondere für Jugendliche und sozial Schwache gewährleistet werden. Sie

benötigen Zugang zu Bildung und Ansprechpartnern, um auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet zu werden. Wir wollen Menschen dabei helfen, sich frei zu entfalten, ihr Leben selbst zu gestalten und persönliche Verantwortung zu übernehmen. Deswegen setzen wir uns für den Ausbau der gemeinnützigen Bildungs- und Beratungsträger ein. Denn staatliche Angebote allein können den vielfältigen Bedürfnissen der Bürger nicht Rechnung tragen.

Für uns ist das Konzept des selbstbestimmten Lebens mehr als nur eine Floskel. Die Teilnahme aller Menschen wirkt sich positiv auf die Gesellschaft aus und spart Kosten. Wenn beispielsweise pflegebedürftige Menschen in ihrer eigenen Wohnung betreut werden, können sie ihr Leben weitgehend selbstbestimmt führen. Gleichzeitig verursacht die Betreuung auch weniger Pflegekosten. Zudem kann in diesen Fällen auf den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zurückgegriffen werden.

Wir fordern, dass dieses selbstbestimmte Leben auch für Menschen mit Behinderungen alltäglich wird. Dazu gehört, dass neben den rein finanziellen Aspekten auch weitere Voraussetzungen erfüllt werden: bedarfsgerechtes Wohnen, soziale Akzeptanz und barrierefreier Zugang zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Besonders der Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen, Bildungseinrichtungen und Informationsangeboten muss barrierefrei möglich sein.

Kommunales Grundsatzprogramm der Piraten BaWü

■ Umwelt und Leben

Bewahrung des dörflichen Charakters

Neubaugelbiete sollen sich möglichst in vorhandene Stadtbereiche integrieren. Abgeteilte, überreglementierte Neubaugelbiete lehnt die Piratenpartei ab. Generationenübergreifende Wohnprojekte und bunte kulturelle Facetten sollen die Einwohner miteinander stärker verbinden.

Energie muss auch im Rems Murr-Kreis gespart werden!

Der Kreis und die Gemeinden sollen alle Möglichkeiten unternehmen Energie zu sparen. Das fängt an beim Wechsel auf stromsparende LEDs in Straßenlaternen aber auch im kleinen Rahmen bei technischen Geräten wie PCs oder alten Kühlschränken.

Des Weiteren soll der Kreis, wie auch die Kommunen Projekte unterstützen die die Straßenbeleuchtung der Zukunft erforschen. Hierzu gehören z.B auch Projekte mit Bewegungsmeldern an Laternen welche sich nachts selbst ausschalten und bei Bedarf wieder einschalten.

Strategisch aufgestellte Mülleimer und Hundekot-tütenspenden

Ausbau von Mülleimern und Hundekottütenspendern in den betroffenen Gebieten. Dieses Thema betrifft alle Bürger, kostet vergleichsweise weniger bringt aber viel Verbesserung. Der Systematische Abbau von Mülleimern muss aufgehoben werden. Hierbei werden Geringe Kosten von Teilen der Kommunen nur kurzfristig eingespart.

Glaubwürdigkeit und Transparenz

Unsere Politik





PIRATEN
PARTEI
REMS-MURR